

Vorläufige Bilanz der kapitalistischen Krise

von Gerd Elvers



Zur Mega-Sylvesterparty am Brandenburger Tor tritt Heino auf, hinter seiner dunklen Sonnenbrille, blonden Perücke und roten Mantel verborgen, und singt einen Song der Prinzen von 1993: „Das ist alles nur geklaut... gestohlen und geraubt. Entschuldigung, das habe ich mir erlaubt“. Die Administratoren der Veranstaltung haben sich sicherlich etwas dabei gedacht, kurz vor der Schwelle des neuen Jahres Hunderttausenden noch eine Botschaft zuzustecken. Wer sage noch, dass Kritik am Kapitalismus nicht en vogue sei? Oder steckt dahinter nur ein subversiv codiertes Fetischobjekt als modisches Accessoire für die Jugendlichen aus der Kreuzberger Postmoderne?

Hätte der Text auf die antikapitalistische Attitüde die logische Forderung nach der „Revolution heute“ folgen lassen, wie es unter www.revolution-heute.de dargestellt ist, wäre es zu einer Grenzüberschreitung gekommen, einem Verstoß gegen das Tabu der politischen Ikonographie, auf den das öffentlich rechtliche Fernsehen mit seiner Zensurschere reagiert hätte. Soweit ist es dann doch nicht gekommen! So bleibt es bei der Präsentation eines Textes, der in dem Mund des Bänkelsängers Heino für die meisten wohl eine andere – harmlose - Bedeutung hat, als sie „Die Prinzen“ ursprünglich beabsichtigten. Sprachwissenschaftlich kann man von einem „idiosynkratischen“ Geschwätz (zu einer schmissigen Melodie) sprechen. Schade drum, dass eine vielversprechende Ansage in der Leere eines haltlosen Herumgeeire endet. Auf eine vielversprechende Analyse folgt nichts.

Durch mehr Ausbeutung kein kapitalistischer Global-Crash

Vor rund fünf Jahren tat sich weltweit eine Finanzkrise auf, die die reale Wirtschaft in den Abgrund zu ziehen drohte. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten eröffnete sich die Möglichkeit einer den Globus umspannenden antikapitalistischen Revolution, deren Chancen und Risiken in etlichen theoretischen Artikeln auf der Grundlage des „analytischen Marxismus“ in „scharf-links“ ausgelotet wurden. Heute kann man erkennen, dass zwar die Krise der Finanzwirtschaft (und mit ihr die Krise der Europäischen Union, die eine kapitalistische ist) weiter brodeln, dass aber bisher von ihr kein alles zerstörerischer Funke auf die Realwirtschaft überspringt. Zwar wird nach dem neuesten Jahresbericht der Arbeitsorganisation der UNO (ILO) die weltweite Arbeitslosigkeit auf 215 Millionen Menschen 2018 ansteigen, allein im letzten Jahr mit einem Plus von 5 Millionen, aber es hat keinen totalen Absturz der Wirtschaft gegeben, wie es noch vor fünf Jahren möglich erschien.

Als allgemeinsten Grund kann man die Verschärfung der Ausbeutung in den kapitalistischen

Kernzentren wie Deutschland, den USA, Japan und anderen ausmachen, die trotz Kreditklemme des Bankensektors ihre Renditevorstellungen in ihren Planungen (Produktions- und Dienstleistungen) realisieren konnten, was sich im Börsen - Rally mit Rekord-Dividenden niederschlug. Modellmäßig wird der „klassische Marxismus“ bestätigt, der schon vor hundertfünfzig Jahren die Ausweichmechanismen des Kapitals auf Krisensituation beschrieb: mit der verschärfte Ausbeutung der Arbeit. Damals stellte Marx den tendenziellen Fall der Profitrate aufgrund der wachsenden Kapitalintensität dar, auf den das Kapital mit verstärkter Ausbeutung reagierte, heute steigert die Realwirtschaft ihren Profit auf Kosten der Arbeit, um gegen die Gefährdungen der Finanzwirtschaft sich robuster aufzustellen. In den industriellen Zentren wie USA und Deutschland klappt dieses Reparaturmodell bisher, in Frankreich, Großbritannien, Japan, sowie den BRIC-Staaten weniger, in Südeuropa überhaupt nicht.

Ausbeutung: Lebenselixier des Kapitals

Die Steigerung der Profitrate schlägt sich in der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich in allen Industriestaaten nieder. Arbeitslosigkeit drückt auf die Löhne, auf prekäre Arbeitsverhältnisse, ausgedrückt in Zweit- und Dritt-Mini-Jobs. Die HeldInnen der modernen Arbeit sind alltägliche Multi-Jobber, morgens in Kaffeeküchen, mittags mit dem Putzkübel unterwegs und abends an der Nähmaschine gefesselt. Statistisch lässt sich diese Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse dadurch erfassen, dass die volkswirtschaftlich geleisteten Arbeitsstunden sich von der Zahl der Jobs abkoppeln. Auf mehr statistisch erfassten Jobs in Deutschland entfallen weniger Arbeitsstunden, aber nicht weil die Gewerkschaften die Kraft haben, Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich durchzusetzen, wie sie es früher taten. „Ein Leben zwischen Erschöpfung und Stolz“ wollen Reportagen aus der heutigen Arbeitswelt vermitteln. Die traditionelle Fixierung auf ein Büro mit festen Arbeitsplätzen, die klare Trennung zwischen Arbeits- und Freizeit wird von den Modernisierungsstars wie Microsoft bei ihrem Umzug ihrer Deutschlandzentrale ins Zentrum Münchens mit home-work aufgelöst. Stressbelastungen nehmen zu. „Resilienz-Training zur Aufrechterhaltung normalen Funktionierens soll aus der Burnout-Falle führen“, erfahren wir vom Neurowissenschaftler Marin Reuter, der von der „Daimler und Benz Stiftung“ gesponsert wird.

Arbeitsstress und Lohndumping kann sich auch die mächtigste Gewerkschaft der Welt, IG-Metall nicht entziehen: Absenkung des Reallohnes zur Förderung der Exportoffensive ist das deutsche Erfolgsrezept: Tausche angeblich sichere Arbeitsplätze gegen Lohnverzicht. Dem auf Huber nachfolgenden neuen Chef der IG-Metall, Detlef Wetzel, wurde mit einem schlechten Wahlergebnis für diese Politik von der progressiven Minderheit innerhalb der IG-Metall abgestraft.

Tausche Arbeitsplätze gegen Sozialdumping

Tausch von sicheren Arbeitsplätzen gegen Lohndumping der Arbeitnehmer ist auch das Rezept des französischen Präsidenten Hollande. Aus einem angeblichen Sozialisten wird ein Sozialdemokrat, was er schon immer war. Das Fatale: Er begründet seine „Wende“ in der Erwartung, dass es zu keinem Aufstand der Gewerkschaften und der Linken in seiner Partei führen. Lohndumping und Arbeitsstress führt auch in Deutschland zu keinem Aufstand, weil die Mehrheit der Arbeitnehmer der kapitalistischen Logik folgt, obwohl inzwischen Lesenswertes über das Destruktive der deutschen Exportoffensive für die weniger produktiven Länder vorliegt. Ein Beleg für die Kapitalhörigkeit liefern die Streiks von verdi gegen den Versandhändler Amazon. Bisher einzigartig in der deutschen Arbeitswelt ist der „Aufstand“ von über 1000 Beschäftigten von Amazon, die mit

der Aktion „Pro-Amazon“ demonstrieren wollten, dass sie mit Amazon zufrieden seien. Zugunsten des Kapitals beteiligten sich mehr als die Streikwilligen. Der zuständige verdi-Betreuer konstatiert entgeistert, dass Teile der Belegschaft aus Angst um ihren Arbeitsplatz gegen eine Aufbesserung ihrer miesen Bezahlung seien, die ihnen kaum ein Leben ermöglichen. Verdi will mit mehr Aktionen nachlegen.

Lafontaine und Wagenknecht wollen das Unbehagen an der Gesellschaft der Europäischen Union zuschieben, was zu Querelen mit Gysi führte, der grundsätzlich für den Aufbau eines vereinten Europas steht – auch mit Blick auf das Desaster des 1. Weltkrieges vor einhundert Jahren. Zugleich beklagt er die mangelnde Demokratie, den Bürokratismus, das Antisoziale der Kommission. Diese Kontroverse ist überflüssig. Euroskeptizismus und Kapitalismuskritik bei Befürwortung eines antikapitalistischen Europas müssen nicht im Widerspruch zueinander stehen. Hinter dem Unwohlsein am europäischen Wirkungsfeld steckt der über die EU hinausgreifende Kapitalismus. 350 tausend Wähler der Linkspartei sind zu den Euroskeptikern abgewandert, weil die Linkspartei zu wenig begründbaren Euro-Skeptizismus und zu wenig Kapitalismus-Kritik in den Wahlkampf eingebracht hat.

Andererseits hat auch in seiner Krise der Kapitalismus seine dynamische Funktion der Moderne über die nationalen Grenzen hinweg noch nicht verloren. Es ist richtig: Das europäische Kapital treibt die Union voran, um sich im globalen Wettbewerb gegen den USA und China zu behaupten. Andererseits wäre es unhistorisch und gegen die Moderne gerichtet, wenn die Linke sich prinzipiell gegen die Europäisierung stellen würde. Die in schweren Auseinandersetzungen stehende Linke in Griechenland, Italien, Spanien, Portugal braucht die Unterstützung aller europäischen Linken. National allein auf sich gestellt brächten sie sich um ihre Chancen in Europa.

CSU verheddert sich mit ihrer Kampagne: Wer lügt, der fliegt

In eine ähnlich diffuse Lage in Bezug auf das Kapital hat sich die CSU gebracht. Sich mit dem Kapital als immer noch geschichtsträchtiger Faktor anzulegen, bekommt ihr nicht. Im Vorfeld der Europa-Wahl ist sie in ihren alten ausländerfeindlichen Reflex gefallen: Rechts von uns gibt es keine andere Partei, auch keine AfD oder NPD. Also inszenieren wir eine Kampagne gegen die „Armutflüchtlinge“ aus Rumänen und Bulgaren, die angeblich die Sozialkassen plündern werden. Das Unwort des Jahres: „Sozialtourismus“ interpretiert sie positiv als ihren Beitrag zur Ausländerfeindlichkeit, die sie in der Bevölkerung wittert. Doch dann die Überraschung. Nicht von links kam der wirkungsvollste Protest, sondern von einer unerwarteten Ecke: dem Kapital. In ihrer Bauernschläue hat die Partei die vor Europa liegende Kommunalwahl übersehen. Im momentan prosperierenden Bayern verteilt das Kapital seinen „CSU-SpezIn“ Watschn oder Kopfnüsse, weil man in der Oberpfalz, in Nieder- und Oberbayern dringend abrufbare Arbeitnehmer mit unterschiedlicher Qualifikation aus Rumänien und Bulgarien braucht, von den liberal-libertinen Wählern im Raum München ganz zu schweigen, die sich allergisch gegen Ausländerfeindlichkeit geben.

Das Unternehmertum tritt der CSU kräftig auf die Füße, und der Münchner CSU-OB-Kandidat Josef Schmid distanziert sich „ausdrücklich“ von der Kampagne. Aber nicht nur das. Auf einmal kriegt auch der Allesmacher Horst Seehofer kalte Füße, erklärt sich für unschuldig bei der Kampagne und schiebt die Verantwortung auf die Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt – ein erneuter Beweis für die skrupellose Verlogenheit dieses Mannes. Aber er hat es ja auch nicht leicht.

Als Populist der vox populi verbunden, legt er sich mit Kapitalinteressen an. Von Weitsicht zeugt dies nicht. Der Schulterschluss zwischen DGB-Chef Sommer und dem neuen Arbeitgeberpräsidenten in der Einwanderung ist als Bestätigung des Deutschland-Modells als Bündnisses Arbeit – Kapital zu verstehen. Sommer gibt einen Teil seiner alten Position auf, den Mangel an Facharbeitern eher durch Verbesserung der Ausbildung Deutscher als durch Zuwanderung zu lösen.

Gerechtigkeitsdebatte scheitert in Deutschland und Frankreich

Warum hat die Gerechtigkeitsdebatte - zu Beginn des Wahlkampfes losgetreten – später bei den Wählern keine Rolle mehr gespielt? Warum wurde der zuletzt einzig verbliebene aufrechte Kämpfer für mehr Gerechtigkeit, Jürgen Trittin, – und mit ihm seine Partei – abgestraft? Weil er in biographischer Hommage seiner Überzeugung als Mitglied des maoistischen Kommunistischen Bundes treu blieb? Die Linkspartei hatte rechtzeitig den Braten gerochen. 75 Prozent Reichensteuer auf Millionäre hatte Lafontaine zu Beginn gefordert. Die Mehrheit der Linkspartei folgte ihm nicht. Zumindest wurde die Reichensteuer nicht Kernbestandteil ihres Wahlkampfes. Der Verdacht erhebt sich, dass viele Wähler der Logik gefolgt sind, dass in einem schwierigen globalen Umfeld die Bedienung der Profitraten der Kapitalbesitzer ein Garant ihres eigenen Wohlstandes sei. Würde der Staat ihnen mit einer „Reichensteuer“ oder Gewerkschaften mit starken Realloohnerhöhungen ihren Surplus wegnehmen, könnten sie sich aus Deutschland verabschieden, so wie das französische Kapital Francois Hollande erfolgreich angedroht hat. Die noch in Arbeit Stehenden folgen ihrer Form des „deutschen Sozialkontraktes“, den sie schon vor 20 Jahren gefunden haben. Und die Armen sind sowieso nicht zur Wahl gegangen.

Die Sozialdemokratie, die Linke und die Gewerkschaften haben die Gerechtigkeitsdebatte auf das Thema Mindestlohn verengt. Acht-Euro-fünfzig lautete die Zauberformel als Alibi für den Verzicht auf eine Umverteilung über Steuern. Was schlau eingefädelt war, wird sich nicht auszahlen. Denn wenn man sich direkt mit den Arbeitgebern und der geltenden Logik des Kapitalismus mit Kostenerhöhungen anlegt – und nicht über die Vermittlung über den Staat wie bei Steuererhöhungen - wird es ernst. Die CDU/CSU, die nach dem Wegfall der FDP die alleinigen politischen Steigbügelhalter des Kapitals geworden sind, akzeptierten nach einigem Bauchschmerzen den Deal mit der SPD in der Großen Koalition, weil die SPD nicht mehr auf Steuererhöhungen beharrte. Die Union erwartet im Verbund mit dem Kapital, dass die Durchsetzung des Mindestlohnes noch einige Enttäuschungen für ihre Vertreter bereithalten wird. In der verdi-Mitgliederzeitung beklagt die zuständige Fachreferentin, dass die Koalition zur Eingrenzung der Werkverträge nichts getan habe. Über Werkverträge werde ein Teil des Mindestlohnes ausgehöhlt. Für die NGG sind 8,50 Euro zu wenig, weil mit diesem Hungerlohn man nicht leben kann. Arbeitsministerin Nahles greift die „Nischen“ an, die außerhalb des Mindestlohnes bleiben sollen, sie wird sich auf einen faulen Kompromiss mit ihren konservativen „Partnern“ einlassen müssen.

Spaltung in Arm und Reich – Quelle für einen neuen Revolutionsansatz?

Entgegen einiger Annahmen während des Höhepunktes der Krise vor 5 Jahren kam es nicht zu dem black-out des Kapitalismus in einem sich potenzierenden Absturz. Die Folge: Theorien über eine weltumspannende radikale antikapitalistische Auflehnung scheinen momentan nicht am Platz zu

sein. Stattdessen schleppt sich die Krise dahin, und frisst sich in die Schwellenländer. Wir haben es momentan mit einem „Ausfransen“ der kapitalistischen Krise in verschiedene Richtungen in diversen Regionen der Welt mit unterschiedlichen Ausprägungen zu tun. Das revolutionäre Terrain wird unübersichtlich. Die Aufspaltung in Arm und Reich ist mehrdimensional: innerhalb eines Staates oder einer Staatenunion und regional verteilt. Die Frage ist, ob aus der sozialen Aufspaltung und der Zerstörung des Sozialkonsenses der Funke entstehen kann, der die Welt in Flammen hüllt. Der Soziologieprofessor Günter Voß meint, dass momentan die Massenarbeitslosigkeit in Griechenland, Spanien, Portugal und in Ansätzen in Italien nicht die Staaten sozial explodieren lässt, weil die dortige Bevölkerung die soziale Ordnung und den Staat noch nicht die Solidarität aufkündigt. Käme es dazu, wären auch die hoch-industriellen Staaten in Europa gefährdet (1).

Die klassische soziologische Studie aus der Weltwirtschaftskrise 1931 im österreichischen Arbeiterviertel Marienthal gibt eine Erklärung dafür (2). Die massive Arbeitslosigkeit führte nicht automatisch zu Widerstand und Protest, sondern zu Verzweiflung, Resignation, Apathie. Leider verstand der führende Austro-Marxist Otto Bauer, auf dessen Anregung diese moderne wissenschaftliche Studie in Auftrag gegeben wurde, die negativen Ergebnisse nicht in den konkreten Kontext der damaligen Zeit richtig einzuordnen. Sie verstärkten seinen zögerlichen Hang und die Unentschlossenheit zum Handeln, so dass er nicht den austro-faschistischen katholischen Ständestaatler Dollfuß in die Schranken weisen konnte.

Ähnliche defätistische Erfahrungen kann man aus der Welt der Hartz IV Bezieher machen. Soweit sie überhaupt zur Wahl gingen, wechselten sie teilweise von der Linkspartei zur CDU, in der Erwartung, dass von einer Partei mit Macht und Einfluss noch am ehesten Unterstützung zu erwarten sei. Darin sehen sie sich jetzt getäuscht. Natürlich ändert die Große Koalition nicht die Gesetzeslage von Hartz IV, dessen „ideologischer Machtmaker“ Steinmeier war, der nun satt im Sattel des Außenministers sitzt. In Zukunft wird sich ihr Schicksal weiter verschlechtern, wenn die Bundesregierung die vielgepriesene Altersrente mit 63 einführen wird. Ein großer Teil von Hartz-IV-Beziehern wird zwangsweise in die Rente geschickt, die ihnen weniger Auskommen verspricht.

Revolution ist nicht out: Die Stunde der Zukunftsforscher

Es bleibt ein großes Unbehagen in einer der reichsten Gesellschaften der Welt über ihre Zukunft. Zukunft? Wer interessiert sich mehr für die Zukunft als die im kapitalistischen Dienst stehenden sogenannten „Zukunftsforscher“, die langfristige Marktanalysen im Dienste ihrer gewerblichen Kunden machen, die Perspektiven für ihr Geschäftsmodell brauchen? Zwar behaupten die Zukunftsforscher Ulrich Reinhardt und Reinhold Popp zum Thema „Deutschland 2030“, dass es noch besser wird. Diese Zweckoptimisten werden aber von der amerikanischen Tabakindustrie gesponsert, die wissen will, welche Zukunft ihre Rauchware noch in Europa hat. Das größte Marktforschungsinstitut der Welt, die GfK aus Nürnberg, hat in persönlichen Interviews herausgefunden, dass zwei Drittel der Befragten glauben, dass wir in einer Krise leben – trotz aller positiven Meldungen - und dass es Krisen weiter geben wird. In bedrohenden Krisenzeiten flüchten deshalb die Menschen in Vertrautes: Heimat, Gesundheit, Freunde, Familie. Diese konservativen Werte tragen sie wie Schutzschilde vor sich her. Da Merkel und ihre Union diesem Gefühl am nächsten kommt, liegt hier der Grund für ihren Wahlerfolg. Was aber passiert, wenn die kapitalistische Realität diese Schutzschilde wegreißt? Es besteht eine Sehnsucht nach Selbstverwirklichung, nach Mitbestimmung über sein eigenes Leben. Aber: Wie kann der Kapitalismus diese Bedürfnisse einlösen?

Zerklüftung der Gesellschaft trifft die Jugend

Die ILO-Studie belegt, dass die Jugend weltweit am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffen ist. Was ist ihre Antwort? Mit ihrem jugendlichen Elan die Revolution anpacken? Viele Jugendliche der „verlorenen Generation“ Griechenlands, Spaniens, Portugal und Italien verkriechen sich unter dem Tisch von Mama, verdingen sich zu erniedrigenden Aushilfsjobs oder - am schlimmsten – entfesseln einen Generationenkonflikt zu ihrer Elterngeneration, der sie die neoliberale Pest der Arbeitsmarktpolitik ihrer konservativen Regierung am Hals wünschen, in der Erwartung, dass sie als die Mobileren und Flexiblen in die leer gewordenen Arbeitsplätze der Verbrauchten nachrücken können. In Deutschland kennen wir diese reaktionäre Abrechnung mit den Alten in der Jungen Union, wenn sie den Koalitionsvertrag kritisiert, weil dieser die Finanzierbarkeit ihrer eigenen Zukunft durch verbesserte Rentenzahlungen an die Frauen und Alten aufs Spiel setzt. Die einzige faire Lösung, durch Steuererhöhungen die Mehrrente zu finanzieren, will sie auch nicht.

Der Soziologe Günter Voß stellt fest, dass die Jugend Südeuropas, wenn der ungeschriebene gesellschaftliche Vertrag mit den Älteren aufgekündigt ist, sich einem politischen aber auch beruflichen Engagement entzieht, weil es ihnen entzogen wird. Eine ganze Generation fällt aus der Gesellschaft heraus. Das Kapital fordert zwar von der Jugend den Leistungswillen, zugleich stellt er aber nicht die nötigen Arbeitsplätze bereit; die Gesellschaft beginnt auseinanderzubrechen. Es entsteht das, was in der Kosmologie die Singularität vor dem Big Bang genannt wird: Ohne die Kategorien von Zeit und Dimension ist alles unkalkulierbar geworden. Die eingefahrenen Verhaltensmuster in der Reaktion auf die Krise gelten nicht mehr. Alles wird möglich – selbst die Revolution - ob in die rechte oder linke Richtung bleibt unbestimmt. Würde es antikapitalistischen Kräften gelingen, im Voraus die revolutionären Potentiale zu durchdenken und ihr Handeln daran auszurichten, gewännen sie einen Handlungsvorsprung.

Trotz der Ungewissheiten lassen sich nach dem klassischen Marxismus einige Gesetzmäßigkeiten erkennen. Wenn das Allheilmittel des Kapitalismus zu seinem profitären Überleben in der Verschärfung der Ausbeutung, der Zertrümmerung der Vollarbeitsplätze, der Vernichtung des „Mittelstandes“, der Demütigung der Gewerkschaften liegt, dann ist es kein vorübergehendes Phänomen. Der Turbokapitalismus, gehetzt von mehr...mehr ...mehr, ist zu einer weiteren Spreizung der Einkommensverhältnisse der Gesellschaft gezwungen. Da er zugleich sich dem Staat untertan gemacht hat, fehlt ihm das Korrektiv. Wo liegt die Entschleunigung des destruktiven Prozesses, und wo soll das enden?

Internationale Synchronisierung (Konkordanz) verschärft globale Krise heute

Die Finanzkrise 2008/2009 potenzierte sich nicht zu einem allumfassenden ökonomischen und sozialen Chaos, weil die Welle der Abwärtszyklen nicht alle gewichtigen Ökonomien zur gleichen Zeit erfasst hatte. Ein Vergleich mit quantenmechanischen Welle-Teilchen bietet sich an (3). Wenn die wichtigsten Ökonomien phasenverschobene Konjunkturwellen aufweisen, und die Diskordanzen addiert werden, können sie sich - in der Summe auf die Weltwirtschaft bezogen – im Idealfall ausgleichen. Die nach deutschen Waren ungebrochene Kaufnachfrage Chinas und anderer BRIC-Länder nach deutschen Waren konnte den Einbruch in Deutschland zwar nicht ausgleichen aber dämpfen. Heute fallen die BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China) in synchronisierte Konjunkturtäler.

Selbstorganisierte Kritikalität: Revolutionäre Phasenübergänge in Brasilien

Im sozialdemokratisch regierten Brasilien gab es Proteste, aber nicht aus den Favelas der Armen sondern von der unteren Mittelklasse. Ihr Aufstand gegen die Verteuerung der Bustickets erweiterte sich rasch zu einem allgemeinen Protest gegen die Vergeudung der Mittel für den Luxus der geplanten Olympiade und der Fußball-Weltmeisterschaft. In der Sprache der selbstorganisierten Kritikalität fand ein Phasenübergang statt, von einer niedrigen Stufe der Empörung (teure Bustickets) zu einer höheren gegen das System. Solche Phasenübergänge sind typisch, wenn sich der Unmut über die Lebensumstände für längere Zeit aufgestaut hat. Diese zweite, politisch Stufe, ist qualitativ völlig anders als die erste, wie die schlagartige Umwandlung von Wasser zu Eis. Für die zweite Stufe braucht es eine Initialzündung. Etwas Entscheidendes kam hinzu: Die Akteure witterten die Schwäche der Mächtigen im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft und der Olympischen Spiele. Deren Durchführung soll nach Meinung der Herrschenden zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems unter dem Namen: „Triumph der Nation“ werden, wie in Nazi-Deutschland 1936. Störungen sind unerwünscht. In Sotschi sorgt Putin mit seinen 50 Tausend Milizen für Ruhe und Ordnung.

Aber zur dritten Stufe der Phasenübergänge, zur Phase der Umwälzung und der dauerhaften Instabilität, ist es vorerst nicht gekommen. Dazu muss die ökonomische Krise noch tiefer greifen. Es gelang der brasilianischen Regierung – bisher – an den nationalen Stolz der Akteure zu appellieren: „Die ganze Welt schaut auf uns, eine ehemalige unterdrückte Kolonie Europas“. Mit Genugtuung konstatiert Brasilien die zunehmende Einwanderung aus der alten Kolonialmacht Portugals, die vor dem südeuropäischen Elend flüchtet.

Die wachsende Phasengleichheit (Konkordanz) mit den großen Industrieländern erzeugt einen starken Amplitudenausschlag nach unten. Die Weltwirtschaft wird instabiler, wenn die voneinander abhängigen Ökonomien sich gegenseitig nach unten ziehen.

Im Fall von Brasilien, Indien und Russland führt der Abzug des spekulativen internationalen Kapitals zur Krise, das sich von weniger Geldmengen-floaten der amerikanischen FED seit Mai 2013 woanders höhere Zinsen erwartet. Es stellt sich heraus: Der vielgepriesene Aufschwung war ein geliehener. Zugleich sinken die Währungen von Rupie, Real, Rubel und Rand. Weil wegen struktureller Hemmnisse wie ökologischer Raubbau, Korruption, mangelnde Infrastruktur die BRIC-Länder keine starke Industrie aufbauen, können sie von der Verbilligung ihres Absatzes durch sinkende Wechselkurse nicht profitieren und sich gegen die Flucht der Global-Investoren stemmen. Die Folge: Sie geraten in massive Turbulenzen. Andere Schwellenländer wie Thailand, Indonesien, Türkei, Südafrika gerieten in den gleichen Sog. Sichere Häfen bieten die USA- und deutsche Staatsanleihen und der Aktienmarkt, der Ende 2013 in Deutschland einen neuen Rekord-Hoch feierte.

Aktuelle Offshore-Leaks-Enthüllungen über das kapitalistisch-kommunistische China

Eine Sonderrolle spielt China, das real kapitalistisch theoretisch kommunistisch ist. Die Skandale über Korruption gewinnen eine neue Dimension. Am 22. Januar 2014 veröffentlicht die Süddeutsche Zeitung, wie kommunistische Polit-Eliten in westlichen Steueroasen ihre Riesenvermögen horten. In Millionen-Geschäften verwickelt sind u.a. der Schwager des amtierenden Staatschefs Xi, auch der Sohn, die Tochter und der Schwiegersohn von Ex-Premier

Wen. Die Tochter des früheren Premiers Li steht ebenso in den Off-shore Unterlagen wie die Schwiegersöhne des „Reformers“ Deng. Die winzige britische Jungferninsel der Karibik bewegt zwischen China und sich Hunderte von Milliarden Dollar Finanzkapital, mehr als der Westen mit China zusammen. Bei diesen Transaktionen haben die Deutsche Bank und Schweizer ihre Hände im Spiel. Schon im Dezember 2013 titelte die Süddeutschen Zeitung: „Prinzlinge bei Deutscher Bank“, Prinzlinge als Synonym für die Einstellung von Söhnen hoher Beamter. Man kann über die Kühnheit dieser kommunistischen Kader nur staunen, wie sicher sie sich im Zusammengehen mit dem westlichen Kapitalismus vor Bloßstellungen gefühlt haben müssen. Nur haben sie und ihre westlichen Handlanger eins nicht bedacht: Leaks als neues kulturelles Phänomen, hinter dem Revolutionäre stehen.

Das aktuelle Bild ordnet sich in alte Nachrichten über Korruption ein, wenn auch die neuen alle bisher denkbare Dimensionen sprengen. Schon länger bekannt ist, dass der französische Milchpulverhersteller Dumex - wir erinnern uns an den Skandal des vergifteten chinesischen Milchpulvers, der Tausenden von Babys das Leben kostete –chinesisches Krankenhauspersonal bestach, damit nach der Entbindung - ohne Kenntnis der Mütter - Milchpulver verabreicht wurde, um die Kinder frühestmöglich daran zu gewöhnen, sie von der Mutterbrust zu entwöhnen. Ein für die Eltern schmerzliches Ereignis, die unter der „Ein-Baby-Auflage“ durch den Staat leiden, von der sich die Reichen frei freikaufen können. Wenn neuerdings die Eltern als Einzelkinder von der Ein-Kind-Auflage befreit sind, betrifft dies nur eine Minderheit von Eltern. In diesen Kontext einer bedenklichen Moral in der Gesellschaft passt – wie die New York Times meldet - der sexuelle Missbrauch von Prostituierten (arrested sex workers) in den über 200 „Education Camps“ durch ihre Wärter, die nicht alle aufgelöst worden sind (4).

China hat nicht nur ein moralisches sondern ein ökonomisches, Problem, weshalb die Rating-Agentur Fitch die Kreditwürdigkeit der Volksrepublik von AA- auf A+ herunterstufte. Grund für Sorge bereitet der steigende Umfang von Kreditvergabe in der „Grauzone“ der Banken, außerhalb der Kontrolle durch die Zentralbank. Informelle Kapitalsammelstellen bieten ein Vermögensmanagement, das bei den Kommunen ein beliebtes Finanzierungsvehikel bei Investitionen ist. Ein ähnlicher Vorgang wie in den USA und Deutschland, wo die Grauzone sich dem Einfluss der FED und Bundesbank entzieht. Weil alle kapitalistische Staaten sind, kann dies niemanden überraschen. Kapital wird über Fonds und Finanzprodukte von Anlegern eingesammelt und beispielsweise für die Finanzierung von Bauprodukten an Immobilienentwickler weiter gereicht (5). Die Investoren werden durch enorme Renditen gelockt, selten aber auf die Risiken aufmerksam gemacht.

Die volkswirtschaftliche Konsequenz ist desaströs, der Größenwahn kommt teuer. Reales Kapital wird von den lokalen Parteiorganisationen in sozial sinnlose Projekte wie Prachtbauten der Partei, Prestige-Arenen des Sports, vierspurig Autobahnen gelenkt. Die Immobilienblase wird angeheizt. Die lokalen Schulden steigen auf fast zwei Billionen Euro, denen 3 Billionen Devisenreserven in Euro und Dollar gegenüber stehen. In der volkswirtschaftlichen Bilanz Chinas verbleiben somit nur noch ein Drittel der Finanzen für Einkauf von know-how im Westen, für die Modernisierung der chinesischen Wirtschaft. Deutschland kann es nicht gleichgültig sein, was in China passiert. Ein Viertel der Audi-Produktion von Ingolstadt geht nach China. Eine ganze Region hängt von China ab. Das Schicksal von Menschen in Ingolstadt, Schrobenhausen, Neuburg hängt an der Spekulationsblase chinesischer Kommunen.

Das Geld-Floaten der Zentralbanken versetzt die Finanzwirtschaft ins Delirium

Neben der Härtung der Realwirtschaft gegen die Krise durch verstärkte Ausbeutung ist das uferlose Aufkaufen von Staatsdarlehen durch Zentralbanken das zweite Bein der kapitalistischen Strategie gegen die Krise. Ein üppiges Floaten der Banken mit Zentralbankgeld (Dollar, Yen, Yuan und Euro), soll diese gegen Illiquidität schützen, in der Hoffnung, dass wenigstens ein Teil der Geldschwemme als Kredite an die Realwirtschaft weiter gereicht wird. In noch einigermaßen funktionierenden Volkswirtschaften wie Deutschland oder USA mag dies vorerst funktionieren, in denen, die es am nötigsten hätten, verflüchtigt sich die beabsichtigte Wirkung.

Die kapitalistische Welt hängt an der Drogennadel des Floating, und es stellt sich die Frage, wie der Junkie in einer Drogenentzugsklinik entgiftet werden kann, ohne dass es zu einem Kollaps kommt. Die FED war sich dieser Gefahr bewusst und kürzte vorsichtig ab Mai 2013 erst einmal 10 Mrd. Dollar monatlichen Aufkauf von Wertpapieren. Die Folgen sind bekannt und schon dargestellt worden: Die internationale Spekulation witterte eine Abkehr von der Niedrigzinspolitik in den USA und zog ihr Kapital von den Schwellenländern ab. Die Erwartung steigender Zinsen behindern zudem die Investitionsplanungen. Ein scheinbarer Vorteil erweist sich erneut als Nachteil, ein Teufelskreis. Da die Zentralbanken bei ihrem uferlosen Wässern der dürren kapitalistischen Wüste für den Aufkauf von Staatsanleihen die Hinterlegung von Pfändern durch die Banken verlangen, versiegt irgendwann einmal diese Quelle.

Die falsche Moral über die bösen Wölfe der Wall Street

„The Wolf of Wall Street“ von Martin Scorsese mit Leonardo DiCaprio hat den Golden Globe gewonnen. Die Geschichte eines ruchlosen und verkoksten Börsenspekulanten sprengt den üblichen Rahmen von kapitalistischer Gier, krimineller Energie und sexuellen Exzessen. Es wird die Geschichte von Jordan Belfort erzählt, einem kleinen Fisch in seinem Aquarium, verglichen mit dem Haifischbecken von Fischen und Jain der Deutschen Bank. Er setzt aggressive junge Männer ein, um Ramsch-Aktien an den Mann zu bringen. Eine übliche Hollywood-Story, in der hinter glamourösen Bildern der Sex- und Drogensause die Logik des Kapitalismus verschwinden soll. Am Ende im Gefängnis gelandet, trifft auf den gescheiterten Broker das Gedicht: „Augen in der Großstadt“ zu, wenn Kurt Tucholsky - hier in etwas modifizierter Form - berlinert:

Der olle Mann denkt so zurück:
wat hat er nu von seinen Jluck?
Und darum wird beim Ende
im Film jewöhnlich abjendet.

Marty Scorsese hat den Film abjendet, bevor der Anti-Held sich glaubhaft als Mensch zeigen kann. Seine komödiantische Gier und Raubrittermentalität offenbart nur verschwommen den Neoliberalismus. Es bleibt verborgen, dass im Rahmen dieser Ideologie seine Gier etwas Sinnvolles ist, ohne die diese Gesellschaft nicht existieren kann. Es wird so sein wie in der Vergangenheit: Der Film wird andere inspirieren, es dem Helden nachzumachen. Nach der Logik des Kapitals zu Recht. Dessen Logik bestimmt die Moral. Nur mitleidig kann man auf den Papst schauen, der antikapitalistische Armut predigt, dessen deutschen Bischöfe – einschließlich der „Soldatenseelsorge“ - aber gewohnheitsmäßig der kapitalistischen Moral folgen, wenn sie Tausende von Beschäftigten von Weltbild auf die Straße setzen. Sie brauchen keinen Dispens von ihren Sünden durch Beichte, weil sie keine begehen.

Dynamische System- und Chaostheorie, Fuzzi-Logik, selbstorganisierte Kritikalität als neue Ordnungen des Kapitalismus?

Finanzkrise, steigende Ausbeutung als Krisenmanagement, Amoral sind Anzeichen einer Zuspitzung ökonomischer und gesellschaftlicher Krisen im kapitalistischen System. Man muss sich ernsthafte Sorgen machen. Zerbrechen wir uns also als Linke den Kopf, was auf dem bürgerlichen Markt der Theorien neben dem Neoliberalismus im Angebot steht, um den Kapitalismus zu retten. Der Staat ist als selbständig korrigierende Ordnung weggefallen, die er im Ordo-Liberalismus der Freiburger Schule noch besaß, der Gründungsideologie Westdeutschlands. Dass Joachim Gauck in der Lobpreisung des „Neoliberalismus“ diesen mit dem Ordo-Liberalismus eines Walter Eucken verwechselt, sei ihm nicht verziehen, auch wenn er, der aus dem Osten kommt, nicht alles vom alten Westdeutschland versteht. Heute fehlt dem Kapitalismus sein ordnendes Korrektiv. Aber braucht er es überhaupt? Kann sich der heutige Kapitalismus auch ohne einen starken ordnenden Staat über eine „selbstorganisierte Kritikalität“ retten? Gernot Ernst ist in seinem Buch: „Chaostheorie und die Linke“ dieser Frage nachgegangen (6). Selbstorganisierte Kritikalität ist die phänomenologische Beschreibung von Vorgängen, die grundlegend für die Funktion von nicht geschlossenen, sich nicht im Gleichgewicht befindlichen Systemen sind. Was passt besser auf den Kapitalismus zu?

Hamburgs Polizei folgt der Theorie des „dynamischen Systems“ (Gernot Ernst)

Gernot Ernst interessantes Buch verweist auf dynamischer Systeme, die in Form mathematisch-geometrischer Modelle auf einen auf Vereinfachung reduzierten „Phasenraum“ wirken. Zum Beispiel stellt er das Verhältnis zwischen Polizei und Revolutionäre dar – 2009 geschrieben, aber mit überraschendem Ergebnis für 2013. Das Modell ergibt eine wissenschaftliche Erklärung für den „Phasenraum“ Hamburg: Nach der Theorie dynamischer Systeme oszillieren die Kontrahenten unentschieden in einem Zyklus von Angriff und Gegenwehr. Das wäre eine Form der Ordnung in der Variabilität, für die Vertreter von Law und Order eine unerträgliche Situation, die auf Sieg setzen müssen. Vielleicht in Kenntnis der Theorie ordert der Erste Bürgermeister Olaf Scholz „limit circles“ an, um die „limit cycles“ zu durchbrechen. Er schafft sogenannte „Gefahrengebiete“ als limit circles, um dort überlegene Polizeikräfte mit sozialer Kälte zur Ausrottung der „Roten Flora“ einzusetzen. Das ist ihm vorerst misslungen. Selbstbewusst reklamieren die Linken: Auch für die Zukunft gelte: „Militantes Agieren bleibt eine Notwendigkeit“. Das Beispiel stellt dar, dass es sich bei bürgerlichen Theorien nicht immer um verrückte Phantasien handeln muss, ohne jegliche soziale Relevanz.

Aus Katastrophen zur neuen Ordnung?

Nochmals nachgefragt: Wenn Systeme ihre alte Ordnung verlieren wie der Kapitalismus den ihn kontrollierenden Staat, könnten sie aus sich heraus Institutionen herausbilden, die auf neue Weise ihr Fortleben sichern, quasi durch Auto-Determination? Der Philosoph Niklas Luhmann hat sein Stichwort zur Selbstorganisation von sozialen Organisationen in dem Begriff „Selbstreferenz“ gefasst. Schwarm-, Fuzzy- Chaos- und Spieltheorien sind weitere Modelle mit möglichen Bezügen zur Gesellschaftspolitik. Vogelschwärme könnten Rückschlüsse auf die Bewegung von Menschen-Massen erklären, wenn auch nur räumlich, nicht inhaltlich, auch wenn

„Schwarmintelligenz“ solches suggerieren will. Aus dem scheinbaren Chaos eines außer Kontrolle geratenen Waldbrandes lassen sich naturgegebene neue Ordnungen erkennen, die den Pflanzen neue Chancen für die Erneuerung des Waldes bieten. Wem käme nicht das Analogon zu einem revitalisierten Kapitalismus in den Sinn, der aus der Zerstörung des fixen Kapitals (organischer Zusammensetzung des Kapitals, marxistisch gesprochen) durch Bankrotte oder Kriege sich neue Profitchancen erhofft?

Die Spieltheorie setzt nur scheinbar auf den „Casino-Kapitalismus“. Denn im Unterschied zu den an der Börse und Spieltisch-Wettenden ist ihre Wurzel der homo oeconomicus, der rational Handelnde in der Wirtschaft, wie ihn John von Neumann und Oskar Morgenstern in ihre Buch: „Theory of Games and Economic Behaviour“ begründeten. Acht Nobelpreise sind bisher für nationalökonomische Anhänger der Spieltheorie vergeben worden, was die Bedeutung dieser Theorie in der bürgerlichen Wissenschaft darstellt. Es geht um nichts weniger als den kapitalistischen Markt als Entscheidungsraum mit mehreren Beteiligten darzustellen, die sich gegenseitig beeinflussen. Den Akteuren, die gegeneinander konkurrieren oder kooperative Bündnis eingehen, geht es um die Profitmaximierung, wobei die Regeln des Spiels von den Verlierern akzeptiert werden, um ein neues Spiel mit mehr Rationalität zu beginnen. Neues Spiel, neues Glück. Die Dauerhaftigkeit eines solchen Systems wäre theoretisch garantiert. Es gibt kein Wild-West-Szenarium am Saloon-Tisch, an dem der überführte Falschspieler umgelegt wird. Es gibt keinen Casino-Spieler, der am Roulette sein Vermögen verloren hat, weil er sich irrational der Zufälligkeit der Zahlen hingeeben hat und der sich im Park von Baden-Baden erschießt, wie der Augenzeuge Dostojewski in seinem Roman beschreibt. Ein solches Willkür-System wäre für einige Teilnehmer nicht tragfähig.

Kosmetische Bilanzrechnung und betrügerisches Controlling machen Kapitalismus blind.

Im heutigen Shareholder-value-Kapitalismus werden die Regeln der Spieltheorie nicht mehr akzeptiert. Der rationale homo oeconomicus hat abgedankt. Die Beteiligten schummeln, tricksen, manipulieren die Bilanzen zu ihrem Vorteil, um Steuern zu ersparen, um sich im Wettbewerb Vorteile zu verschaffen oder die Kunden über den Tisch zu ziehen, zum Schaden des Systems. Der Steuerungsmechanismus des Kapitalismus ist weitgehend außer Kraft gesetzt. Banditen und Falschspieler haben sich an die Steuerhebel der Unternehmen und Banken gesetzt.

Der Bilanzexperte Adolf Coenenberg sieht einen gesellschaftlichen Zusammenhang (8). Die alte Welt der vertrauensvollen Zahlen in den Büchern nach den Regeln des Handelsgesetzbuches und des ehrbaren Kaufmanns ist zugrunde gegangen. Nicht, dass man nicht auch damals getrickst hatte. Aber man manipulierte in die Richtung der Substanzbildung der Firmen, in die Richtung einer fundierten, auf Dauer orientierten Existenz. Ein nachhaltiger Profit war wichtiger als eine kurzfristige Maximierung. Je ärmer die Firmen sich in den Bilanzen darstellen konnten, desto weniger mussten sie ausschütten und umso besser konnten sie in schlechten Zeiten über die Runden kommen. Das ist seit dem Platzen der Spekulations-Blasen in den Jahren 2000 und ab 2007 nicht mehr der Fall.

Der Shareholder-Kapitalismus macht Schluss mit alten Traditionen, wie Coenenberg feststellt. Seitdem der Markt zum Eigenkapital hindreht, greifen die Shareholder, die Aktionäre, voll zu. An deren Einkommenssteigerungen hängen sich die Manager an, die Vorstände mit ihren Gehältern und Boni, die sich an den Aktienkursen orientieren. Heute werden die Gewinne nicht mehr

versteckt, es werden eher Gewinne ausgewiesen, die gar nicht da sind. Einzige Ausnahme sind Gewinne, die für Steuern anfallen, die in Off-shore-Inseln oder in der Schweiz (Skiläufer Schumacher) und Kitzbühl (Beckenbauers Golf-Residenz) versteckt sind. Buchhaltungstechnische Drehs sind bei Pensionsrückstellungen möglich, bei deren Bemessung auf der Passivseite in der Bilanz vielfältiges Ermessen im Spiel ist. Sie sind für die Abdeckung der zukünftigen Forderungen der Belegschaften wegen Betriebsrenten und Pensionen gedacht. Je niedriger sie in der Bilanz ausgewiesen werden, desto höher fällt der Gewinn für Ausschüttungen und Boni an, desto riskanter wird es für die Belegschaften, ob sie die versprochenen Betriebsrenten erhalten werden.

Ein weiterer Manipulationsraum sind die Rückstellungen für angebliche Restrukturierungen (Abschreibungen) und Goodwill. Dieser immaterielle Firmen-Wert ist die Differenz zwischen dem (niedrigen) Buchwert, mit dem eine Beteiligung in der Bilanz steht, und dem (höheren) Marktwert. Diese Differenz zwischen Buch- und Marktwert lockt die Spekulanten an, die Firmen aufkaufen, sie kannibalisch zerlegen und die Filetstücke verkaufen, um ihren Reibach zu machen. Oder es geht andersherum wie im Fall Telekom, als die Tochter Telekom USA mit einem zu hohen Goodwill bewertet wurde, weil sie zu teuer eingekauft worden ist. Bei ihrem Notverkauf, weil das Geschäft nicht mehr lief, mussten 7.4 Milliarden abgeschrieben werden. Zuvor erhielt der überhöhte Goodwill den Güte-Siegel der Wirtschaftsprüfer. Ihr Testat ist zumeist unanfechtbar, weil es sich im schwammigen Ermessensspielraum bewegt, und sie entgegen ihrem Berufsethos gemeinsame Sache mit dem Kapital machen. Aber selbst dieses weiche Controlling ist den Unternehmen zu restriktiv. Sie gliedern Bad-Banks aus, und der unkontrollierte Geld- und Kredithandel der grauen Kapitalsammelstellen, der Versicherer und verselbständigten Pensionskassen nehmen überhand.

Der Reifall grüner Öko-Kapitalisten

Das jüngste Beispiel ist der Konkurs des Windmühlen-Imperiums Prokon, die kapitalistische Inkarnation der Grünen, die wirtschaftliche Seite ihrer Politik in Hessen. Es ist ein Paradebeispiel für eine desorientierte betriebswirtschaftlicher Kalkulation am Grauen Finanzmarkt mit Genuss-Titel, die als Eigenkapital verkauft wurden, aber im Konkursfall sich ganz hinten anstellen müssen. Nicht mit gefälschten Bilanzen wurde getrickst, sondern es wurde kein Testat vorgelegt. Ein Milliarden-Desaster für umweltbewusste Anleger im Grauen Finanzmarkt ist das Ergebnis, die man mit Versprechungen von astronomischen Profiten bis zu acht Prozent geködert hat, ein Desaster, das die Anleger selber mitverursacht haben.

Ihr Glaube „ethisch korrekt“ weil umweltbewusst zu handeln, machte sie blind gegenüber einem „Schneeball-System“, in dem alte Anleger mit den frischen Einlagen von neuen Investoren ausgezahlt wurden und nicht aus den Erlösen des operativen Geschäfts. Nach den ordoliberalen Idealen eines Eucken hätte ein Blick in die Geschäfts-Bücher vor Betrügern geschützt. Aber von diesen Idealen ist das neoliberale System heute weit entfernt. Nach der Theorie der selbstorganisierten Kritikalität kann ein solches System auf Dauer nicht existieren.

Systemrelevante Deutsche Bank: Too big to fail?

Im Shareholder-Kapitalismus saugen Eigner und Vorstände wie Vampire die Erträge aus den Kerngeschäften der Unternehmen. Diese Erträge sind zuvor aus der verschärften Ausbeutung Faktors Arbeit gewonnen. Nicht nur eine wachsende sondern beschleunigte Einkommenskluft ist die Folge, und zugleich findet eine generelle Unterkapitalisierung von Unternehmen und vor allem

von Banken statt. Die Aktionäre und Vorstände kassieren ab. Das hat wiederum zur Folge, dass die Banken – entgegen den Beteuerungen, aus der Krise gelernt zu haben – wachsende Geschäftsrisiken eingehen, auch um ihr Eigenkapital zu verbessern. Eine sich widersprechende Spirale entsteht: Zur Aufbesserung der verlangten Eigenkapitalquote wird auf höhere Risiken mit einem höheren Profitversprechen eingegangen oder mit Bilanztricks die Eigenkapitalquote geschönt. Bei entsprechenden Ausschüttungen an die Kapitaleigner steigt wiederum die Gefahr an, im Ernstfall eine zu knappe Kapitaldecke zu haben. Zusätzlich soll durch Umgehen der Regeln und Ausweichen auf Graue Märkte mehr Profit erwirtschaftet werden, mit der Folge, dass die Justiz Strafen in Milliardenhöhe exekutieren will.

Im Fall des Primus, der Deutschen Bank, sind nicht genügend Prozess-Ausfall-Rückstellungen gebildet worden (noch offen: Kirch, Libor, USA). Zugleich – und darin liegt eine Ironie – hat die Bank über den öffentlichen Druck einen Teil seiner ehemals hochprofitablen Finanzspekulationen (Investment-banking) zurück genommen. Aber immerhin machen die Geschäfte mit Finanzspekulationen noch rund die Hälfte aller Gewinne aus. Die größten Gefährdungen liegen aber in unzureichenden Abschreibungen der faulen Kredite in einer sogenannten „internen bad bank“. Bei 50 Milliarden fauler Kredite in der Bilanz sind drei Milliarden Euro Abschreibungen 2013 zu wenig.

Es wird sich zeigen, ob der Staat seinem bisherigen Prinzip: „too big to fail“ zur Rettung „systemrelevanter“ Banken erneut folgen wird, so wie er es bei der Stützung der Landesbanken mit den Steuermitteln der Allgemeinheit schon einmal getan hat. Die deutschen Banken sind unterkapitalisiert. Es wird sich zeigen, ob über Staatsinterventionismus (bail-out) zur Sicherung der kapitalistischen Hegemonie erneut die Allgemeinheit zur Kasse gebeten wird, also auf die steuerzahlende Arbeitnehmerschaft die Kosten der Systemerhaltung abgewälzt werden. Ein Maßstab, in welchem Ausmaß der Staat sich weiterhin zum Büttel des Kapitals macht. Denn eines dürfte klar sein: Dieser Weg der Umverteilung durch das Kapital und den Staat kann nicht unendlich weiter gegangen werden, ohne den deutschen Sozialkontrakt zu zerstören. Das zukünftige Schicksal des europäischen Kapitalismus wird sich nicht in Südeuropa entscheiden, sondern in Frankreich und Deutschland.

Rettung des entfesselten Shareholder-Kapitalismus durch Floaten?

Objektiv steht dem Kapitalismus seit 2007 das Wasser bis zum Hals. Das Floaten der Zentralbanken mit billigem Geld soll die Gefährdungen unter den Teppich kehren. Die anfängliche deutsche Gegenwehr durch Merkel, Schäuble und ihren Zentralbankchef, auf „Strukturreformen“ statt Floaten zu setzen, wird vom EZB-Chef Mario Draghi als „Perverse Angst in der Euro-Krise“ zur Seite gewischt. Je mehr Geldschwemme desto weniger braucht es Strukturreformen. Wen verwundert es, dass alle Versuche der deutschen Regierung, gesetzlich die Eigenkapitaldecken herauf zu setzen (Basel III), von der Bankenlobby durchlöchert wird? Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt, um die Grenzen zwischen Eigen- und Fremdkapital aufzulösen, zum Beispiel mit dem exotischen Zwitter „Coco“, dem „contingent convertible bond“ mit derivatem Charakter. Das tolle Modell der Trennbanken, der Ausgliederung der faulen Kredite aus dem Kerngeschäft in „bad banks“ ist gescheitert. Am Scheitern des Staates als Ordnungsfaktor erweist sich erneut, dass das Kapital den Staat okkupiert hat.

Marx: Von der Agonie des Denkens zum Star der Zeitdiagnose

Marxistisches Philosophieren heute ist eine Gratwanderung zwischen hypothetischen Assoziationen und fundierter Gesellschaftsanalyse, um gehört zu werden, wenn man die Zukunft ausloten will. Absolute Gewissheit ist angesichts der historischen Debakels, den ein Teil Sozialismus erlitt, nicht mehr glaubwürdig – zudem wenn man die Orthodoxie bemüht. Aber trösten wir uns: Das Ungewisse war aber schon immer präsent. Die heisenbergische Unschärfe ist ein universales Gesetz. Bereits einfache Regeln erzeugen nach Gernot Ernst komplexes Verhalten.

Marx wird heute von Marxisten als Philosoph des Möglichen entdeckt, nachdem er früher als Philosoph des Anarchismus dienen musste, trotz seiner Ablehnung von Proudhon als den angeblich kleinbürgerlichen Vertreter des radikalen Anarchismus (10). Auf der Berliner Veranstaltung der AG Friedensforschung im April 2012 „Marxismus kontrovers“ wurde plakativ Marx als „Denker des Möglichen im Wirklichen“ bezeichnet. Eine schöne Formulierung. Dabei hätte man schon früher auf das Mögliche in Marx kommen können, zum Beispiel im „Das Kapital“, wenn er zu seiner ökonomischen These vom tendenziellen Fall der Profitrate seine eigenen Einschränkungen zum Untergangsszenario hinzu fügt: die wachsende Ausbeutung auf politischer Ebene. Als sich ständig in Frage stellender Intellektueller ging er schonungslos mit sich selber um.

Wenn wir dem Möglichen Raum in der Zukunftsanalyse geben, heißt das nicht, dass wir gemäß unserer Alltagssprache ungenau, verschwommen, verwaschen – englisch fuzzy – sein wollen. Im Gegenteil. Durch Hinzuziehen bürgerlicher Theoreme wollen wir alle relevante Möglichkeiten ins Auge fassen, aber nicht in der Beliebigkeit versinken. Wenn wir also von der Krise des Kapitalismus sprechen – ein allgemein anerkannter Begriff - müssen wir auch sein „mögliches“ Ende andenken. „Erfassen“ wäre eine Hypertrophie. Und wenn wir sein Ende im Auge haben, müssen wir auch die möglichen Rahmenbedingungen für die „mögliche Revolution heute“ anpacken. Täten wir es nicht, würden wir als Sozialisten fahrlässig handeln. Es existiert eine Möglichkeit für die Revolution, und wer soll dies durchdiskutieren, wenn nicht wir?

Natürlich pointieren wir „subjektiv“ die Schwachseiten des Kapitalismus, weil die andere Seite zur Genüge das Gegenteil tut. Irgendwo existiert ein „Markt der Ideen“, der für den argumentativen Ausgleich sorgt. Das ist nicht unser Job. Im Gegenteil. Wir müssen die „Utopie“ der Revolution im Wirklichen erfassen. Radikalität, für die die Geschichte zu haben ist, hat viel mit Realität zu tun. In der Einladung zum Neujahresempfang der Linkspartei am 25. Januar 2014 in Ingolstadt wird Antoine de Saint Exupéry zitiert: „Die Zukunft soll man nicht voraussehen wollen, sondern möglich machen.

Literatur

1. SZ 25. April 2013
2. Die Arbeitslosen von Marinthal, Frankfurt/Main, 1975
3. Stephen Hawking, Die kürzeste Geschichte der Zeit, Reinbek bei Hamburg, 2005, S. 111 für die die Geschichte zu haben ist
4. The New York Times, 10. Januar 2014
5. SZ: 11. April 2013
6. Gernot Ernst, Komplexität, Stuttgart 2009
7. Ernst: S. 39

8. Süddeutsche Zeitung, 13. Januar 2014
9. Süddeutsche Zeitung, 13. Januar 2014
10. Maximilian Rubel, Die Aktion, Heft 152, 1996

Gerd Elvers

